

Herrn Präsident
Mag. Dr. Harald Mahrer
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien



FW. FREIHEITLICHE
WIRTSCHAFT

Wien, am 7. November 2019

Antrag an das WKÖ-Wirtschaftsparlament am 28. November 2019

Standortsicherung – Was die Wirtschaft NICHT braucht!

Die österreichischen Betriebe und ihre Mitarbeiter leisten Großartiges. Als Unternehmer bilden wir das Fundament für Beschäftigung, Wohlstand und soziale Sicherheit und sind der Garant für Fortschritt und Entwicklung. Wir in der Wirtschaft haben konstruktive Ideen, um Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand nachhaltig zu sichern. Der Wirtschaftsstandort Österreich verzeichnet noch Wachstum. Die internationale Konjunktur schwankt bereits nach unten und wird uns mitziehen. Wir brauchen daher konstruktive wirtschaftsfördernde und keine hemmenden, planwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Keine Rückabwicklung des Standortentwicklungsgesetzes und der Novelle der Umweltverträglichkeitsprüfung

Mit dem Bekenntnis zum Standort und der Novellierung der Umweltverträglichkeit konnte die türkis-blaue Regierung eine Trendumkehr einleiten. Österreich braucht Investitionen in Zukunftsprojekte. Investoren müssen möglichst schnell und unbürokratisch Planungs- und Rechtssicherheit erlangen können. Unnötig lange Genehmigungsverfahren verhindern notwendige Investitionen in Infrastruktur und Anlagen, die heimische Arbeitsplätze und Wertschöpfung sichern. Wirtschaftswachstum muss erlaubt und gefördert werden!

Keine bestrafende und wirtschaftshemmende Besteuerung

Österreichs Wirtschaft und Unternehmer haben trotz der auf den Weg gebrachten Steuerreform noch eine der höchsten Abgaben- und Steuerquoten. Ein im August liegender Tax Freedom Day muss als Konsequenz haben, den zweiten Teil des Steuerreformpaketes in Angriff zu nehmen. Was die Wirtschaft nicht braucht, sind neue Steuern und Maßnahmen, die Wirtschaftswachstum und Wohlstand hemmen.

Keine Eingriffe in die Agenden der Standortpartnerschaft – Unternehmer sind sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst!

Handlungsbereitschaft, Ergebnisorientierung und die Motivation, einen wichtigen Beitrag als Leistungsträger (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) beizusteuern, sind für unsere Gesellschaft und den Standort Österreich unerlässlich. Als Unternehmer tragen wir täglich soziale Verantwortung für unsere Mitarbeiter und so bilden wir gemeinsam das Rückgrat für den Wohlstand im Land.

Die unterfertigenden Delegierten der Freiheitlichen Wirtschaft stellen daher folgenden

Antrag:

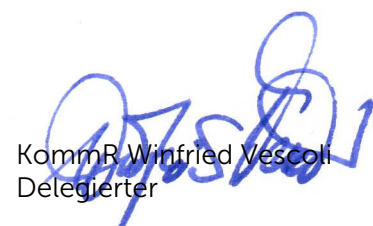
Die Organe der Wirtschaftskammer werden aufgefordert, die Zukunft der österreichischen Wirtschaft zu sichern und damit ein Zeichen zu setzen, dass die Wirtschaft im Zuge der aktuellen Regierungsverhandlungen und auch in der kommenden neuen Regierung wieder den Stellenwert als Rückgrat und Garant des Wohlstandes erhält, den es in den letzten Jahren bereits inne hatte.

FOLGENDE PUNKTE SIND DAHER IM SINNE DER WIRTSCHAFT ABZULEHNEN:

- Rückabwicklung des Standortentwicklungsgesetzes und der Novelle der Umweltverträglichkeitsprüfung
- jegliche Einführung von Maßnahmen, die Wirtschaftswachstum verhindern
- reine Ökologisierung des Steuersystems zur Abschaffung umweltschädlicher Subventionen
- Änderung der Abgabenstruktur durch Einführung einer CO₂-Abgabe unter Berücksichtigung eines Bonus-Malus-Systems für energieintensive Betriebe
- verordnete Senkung von Grundstückspreisen und weitere Besteuerung von Grundstücksverkäufen
- Einführung von Erbschafts- und Vermögenssteuern
- Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens
- Abbau der Überstundenpraxis durch Begrenzung der Durchrechnungszeiträume
- Rückabwicklung der Arbeitszeitflexibilisierung
- allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf eine 35-Stundenwoche und Bevorzugung bzw. gesetzliche Erleichterungen beim temporären Ausstieg (Sabbatical, Bildungskarenz, Pflegeurlaub etc.)
- Bevorzugung und Stützung der Interessensvertretungen für Arbeitnehmer


KommR Matthias Krenn
WKÖ-Vizepräsident


Dr. Erich Schoklitsch
SPO-STV, Delegierter


KommR Winfried Vescoli
Delegierter